

NOMOSLEHRBUCH

Unruh

Religionsverfassungsrecht

5. Auflage



Nomos

NOMOSLEHRBUCH

Prof. Dr. Peter Unruh
Landeskirchenamt der Nordkirche, Kiel
Georg-August-Universität Göttingen

Religionsverfassungsrecht

5. Auflage



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-0016-6 (Print)

ISBN 978-3-7489-3595-7 (ePDF)

5. Auflage 2024

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2024. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort zur fünften Auflage

Auch für die Spanne zwischen der vierten und der vorliegenden fünften Auflage kann die These aus dem Vorwort zur ersten Auflage bekräftigt werden, dass es sich beim Religionsverfassungsrecht gegenwärtig und auf absehbare Zeit „um eine Materie handel(t), die dogmatisch und allgemeinpolitisch zu den interessantesten Rechtsgebieten im Kanon der juristischen Lehrangebote zu zählen ist“. Das hier behandelte Rechtsgebiet ist nach wie vor in Bewegung und es war (höchste) Zeit, den aktuellen Stand der Dinge zusammenzutragen.

Hervorzuheben ist, dass inzwischen mit der dritten Auflage des nunmehr dreibändigen Handbuchs des Staatskirchenrechts (2020) „das“ Kompendium zum Religionsverfassungsrecht mit aktualisierten Beiträgen einer naturgemäß in weiten Teilen veränderten Autorenschaft vorliegt. Diese Beiträge zu rezipieren und zu verarbeiten war Genuss und Verpflichtung zugleich.

Zu den Themenfeldern, die einer besonders intensiven Be- und Überarbeitung bedurften, gehörten u.a. die Fortführung der Rechtsprechung des BVerfG zum Tragen des Kopftuchs im Staatsdienst, die insbesondere durch den EuGH entfachte Debatte um das kirchliche Arbeitsrecht und das im Grundgesetz verankerte Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften, die Reformdiskussion um die Finanzierung der Religionsgemeinschaften insbesondere in Form der Kirchensteuer, die Ergänzungen der Rechtsgrundlagen für die (insbesondere jüdische) Militärseelsorge und die aktuelle Entwicklung um die Ablösung der Staatsleistungen.

Die vorliegende Auflage hat wiederum sehr profitiert von zahlreichen Hinweisen und Verbesserungsvorschlägen aus dem Kreis der Leserinnen und Leser. Dafür gebührt allen Absenderinnen und Absendern mein herzlicher Dank. Für verbleibende und neue Fehler und Unzulänglichkeiten bin ich jedoch allein verantwortlich.

Schließlich gilt auch für die fünfte Auflage ein herzlicher Dank meiner Familie, d.h. meiner Frau Anke Dominik-Unruh, unserer Tochter stud. iur et phil. Meret Unruh und unserem Sohn stud. iur. Bendix Unruh für alle Unterstützung und liebevolle Fürsorge, wenn ich mich – gerade an den Wochenenden – mit und in meinen Büchern verkrochen habe.

Kiel, im Juli 2023

Peter Unruh

Inhaltsübersicht

Vorwort zur fünften Auflage	5
Abkürzungsverzeichnis	19

A. Grundlagen

§ 1 Einführung: Was ist und wozu Religionsverfassungsrecht?	25
§ 2 Die historische Entwicklung des Religionsverfassungsrechts	32
§ 3 Rechtsquellen des Religionsverfassungsrechts	47

B. Religionsverfassungsrechtlich Grundentscheidungen

§ 4 Das Grundrecht der Religionsfreiheit aus Art. 4 Abs. 1 und 2 GG	52
§ 5 Das Verbot der Staatskirche	101
§ 6 Das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften	108

C. Organisationsformen der Religionsgemeinschaften

§ 7 Die religiöse Vereinigungsfreiheit	167
§ 8 Privatrechtlich organisierte Religionsgemeinschaften	176
§ 9 Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts	182

D. Das Zusammenwirken von Staat und Religionsgemeinschaften

§ 10 Religionsverfassungsrechtliche Verträge	214
§ 11 Anstaltseelsorge	242
§ 12 Religionsunterricht	264
§ 13 Theologische Fakultäten	294

E. Der flankierende Schutz der Religionsfreiheit

§ 14 Der Schutz des Religionsguts	307
§ 15 Staatsleistungen	316
§ 16 Sonn- und Feiertagsschutz	333

F. Ausblick: Religionsverfassungsrecht in Europa

§ 17 Religionsverfassungsrechtliche Modelle in der EU	349
§ 18 Europäisches Religionsverfassungsrecht	354

Definitionen	366
--------------	-----

Literaturverzeichnis	368
----------------------	-----

Stichwortverzeichnis	396
----------------------	-----

Inhalt

Vorwort zur fünften Auflage 5

Abkürzungsverzeichnis 19

A. Grundlagen

§ 1 Einführung: Was ist und wozu Religionsverfassungsrecht?	25
I. Begriff, Status und Funktion des Religionsverfassungsrechts	25
1. Der Begriff des Religionsverfassungsrechts	25
a) Staatskirchenrecht?	25
b) Religionsverfassungsrecht!	26
2. Status und Funktion des Religionsverfassungsrechts	29
II. Die Bedeutung des Religionsverfassungsrechts	30
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	31
§ 2 Die historische Entwicklung des Religionsverfassungsrechts	32
I. Allgemeines	32
II. Staat und Religion in der Antike	32
III. Staat und Religion im Mittelalter	33
IV. Die Reformation	34
V. Der Augsburger Religionsfriede	35
VI. Der Westfälische Friede	36
VII. Staat und Kirche im 17. und 18. Jahrhundert	37
1. Das landesherrliche Kirchenregiment	37
2. Die katholische Kirche im 17. und 18. Jahrhundert	38
VIII. Der Reichsdeputationshauptschluss	38
IX. Staat und Religion im 19. Jahrhundert	39
1. Allgemeines	39
2. Die katholische Kirche im 19. Jahrhundert	39
3. Die evangelische Kirche im 19. Jahrhundert	40
X. Staat und Religion im 20. Jahrhundert	41
1. Staat und Religion in der Weimarer Reichsverfassung	41
2. Staat und Religion im Nationalsozialismus	42
3. Staat und Religion in der Bundesrepublik	43
4. Staat und Religion in der DDR	44
5. Aktuelle Rahmenbedingungen und Tendenzen	45
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	46
§ 3 Rechtsquellen des Religionsverfassungsrechts	47
I. Allgemeines	47
II. Grundgesetz	47
III. Landesverfassungsrecht	48
IV. Religionsverfassungsrechtliche Verträge	49
V. Einfaches Gesetzesrecht	50
VI. Völkerrecht	50
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	51

B. Religionsverfassungsrechtlich Grundentscheidungen

§ 4 Das Grundrecht der Religionsfreiheit aus Art. 4 Abs. 1 und 2 GG	52
I. Allgemeines	52
1. Herkunft und Entwicklung	52
2. Das Verhältnis des Art. 4 Abs. 1 und 2 GG zu Art. 140 GG	53
II. Der Schutzbereich der Religionsfreiheit	55
1. Der personelle Schutzbereich	55
a) Natürliche Personen	55
b) Insbesondere: Die Religionsfreiheit von Minderjährigen	56
c) Juristische Personen	58
2. Der sachliche Schutzbereich	59
a) Allgemeines	60
b) Die Religionsfreiheit als einheitliches Grundrecht	60
c) Der weite Schutzbereich der Religionsfreiheit	62
aa) Die Freiheit des Glaubens	62
bb) Die Bekenntnisfreiheit	63
cc) Die Freiheit der Religionsausübung	64
dd) Positive und negative Religionsfreiheit	66
ee) Das Neutralitätsgebot	67
d) Der Begriff der Religion	69
aa) Die Definitionskompetenz	69
bb) Die Begriffsmerkmale	71
cc) Einschränkende Begriffsbestimmung?	72
e) Die Schutzpflichtendimension der Religionsfreiheit	75
f) Exkurs: Das Paritätsgebot und die religionsverfassungsrechtlichen Gleichheitsrechte	77
III. Der Eingriff in den Schutzbereich	79
1. Der klassische Eingriffsbegriff	80
2. Der moderne bzw. grundrechtliche Eingriffsbegriff	80
3. Insbesondere: Eingriffe in die Religionsfreiheit	81
a) Die Konfrontation mit religiösen Symbolen	82
b) Staatliche Warnungen vor bzw. Informationen über Religionsgemeinschaften	85
IV. Die verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	87
1. Art. 140 GG i. V. m. Art. 136 Abs. 1 WRV als Schranke der Religionsfreiheit?	88
a) Die These vom Schranken-Charakter des Art. 136 Abs. 1 WRV	88
b) Zur Ablehnung der These vom Schranken-Charakter des Art. 136 Abs. 1 WRV	89
aa) Das Wortlaut-Argument	89
bb) Das systematische Argument	90
cc) Das teleologische Argument	90
dd) Das genetische Argument	91
2. Die Religionsfreiheit als vorbehaltlos gewährleistetes Grundrecht	92
V. Internationaler und europarechtlicher Schutz der Religionsfreiheit	98
1. Der internationale Schutz der Religionsfreiheit	98

Inhalt

2. Europarecht	99
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	100
§ 5 Das Verbot der Staatskirche	101
I. Allgemeines	101
II. Das Trennungsgebot	102
1. Strikte Trennung?	103
2. Freundliche Trennung	104
3. Insbesondere: Das konfessionsgebundene Staatsamt	105
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	107
§ 6 Das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften	108
I. Allgemeines	108
1. Rechtsgrundlagen	108
2. Dogmatischer Status	109
II. Der Schutzbereich des Selbstbestimmungsrechts	110
1. Der personelle Schutzbereich	110
2. Der sachliche Schutzbereich	111
a) Ordnen und Verwalten	112
b) Die eigenen Angelegenheiten	112
aa) Dogmatische Grundlegung	112
bb) Konkretisierung	114
III. Eingriffe in den Schutzbereich	116
IV. Die verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	117
1. Allgemeines	117
2. Der Inhalt des Schrankenvorbehalts	117
3. Grundrechtsbindung der Religionsgemeinschaften?	120
V. Spezialmaterien der eigenen Angelegenheiten	122
1. Allgemeines	122
2. Das Mitgliedschaftsrecht	122
a) Allgemeines	122
b) Die Begründung der Mitgliedschaft	123
c) Die Beendigung der Mitgliedschaft	125
d) Übertritt und Umzug	127
3. Das Arbeitsrecht	129
a) Allgemeines	129
b) Individuelles Arbeitsrecht	132
c) Kollektives Arbeitsrecht	140
aa) Das Arbeitsrechtsregelungsrecht der Religionsgemeinschaften	140
bb) Das Mitarbeitervertretungsrecht	143
4. Staatliche und religionsgemeinschaftliche Gerichtsbarkeit	146
a) Allgemeines	146
b) Gerichtsbarkeit als eigene Angelegenheit der Religionsgemeinschaften	146
c) Der Rechtsweg zu den staatlichen Gerichten	147
aa) Die ältere höchstrichterliche Rechtsprechung	147
bb) Die Literatur	148
cc) Die jüngere Rechtsprechung	150

Inhalt

d)	Die Justiziabilität religionsgemeinschaftlicher Angelegenheiten	151
e)	Prozessuale Fragen	153
aa)	Die Zulässigkeitsprüfung	153
bb)	Die Begründetheitsprüfung	155
5.	Datenschutz, Personenstands- und Meldewesen	156
a)	Allgemeines	156
b)	Datenschutzrecht	157
aa)	Staatliches Datenschutzrecht und Religionsgemeinschaften	157
bb)	Datenübermittlung an Religionsgemeinschaften	159
c)	Personenstandswesen	160
aa)	Die Eintragung der Religionszugehörigkeit	160
bb)	Das Informationsrecht der Religionsgemeinschaften	161
d)	Das Meldewesen	161
aa)	Die Erfassung der Religionszugehörigkeit	161
bb)	Das Informationsrecht der Religionsgemeinschaften	162
6.	Baurecht, Denkmalschutz und Denkmalpflege	162
a)	Allgemeines	162
b)	Baurecht	163
c)	Denkmalschutz und Denkmalpflege	163
7.	Staatliche Rechnungsprüfung	165
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	166

C. Organisationsformen der Religionsgemeinschaften

§ 7	Die religiöse Vereinigungsfreiheit	167
I.	Rechtsgrundlagen und dogmatischer Status	167
II.	Der Schutzbereich der religiösen Vereinigungsfreiheit	168
1.	Der personelle Schutzbereich	168
a)	Die religiöse Vereinigungsfreiheit als Menschenrecht	168
b)	Die religiöse Vereinigungsfreiheit als Recht der Religionsgemeinschaften	168
c)	Exkurs: religiöse Vereine	169
2.	Der sachliche Schutzbereich	170
III.	Eingriff und verfassungsrechtliche Rechtfertigung	171
1.	Eingriff	171
2.	Die verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	171
a)	Anwendbarkeit des Art. 9 Abs. 2 GG?	172
b)	Die religiöse Vereinigungsfreiheit als vorbehaltlos gewährleistetes Freiheitsrecht	173
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	175
§ 8	Privatrechtlich organisierte Religionsgemeinschaften	176
I.	Allgemeines	176
II.	Der Erwerb der Rechtsfähigkeit	176
1.	Die Geltung des bürgerlichen Rechts	176
2.	Die (partielle) Modifikation des bürgerlichen Rechts	177
III.	Der Verlust der Rechtsfähigkeit	179
IV.	Das Verbot von Religionsgemeinschaften	179
1.	Die verfassungsrechtliche Grundlage	179

Inhalt

2. Die gesetzliche Grundlage	180
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	181
§ 9 Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts	182
I. Allgemeines	182
1. Der religionsverfassungsrechtliche Körperschaftsbegriff	182
2. Der Zweck des Körperschaftsstatus	185
II. Der Erwerb des Körperschaftsstatus	187
1. Die Garantie des Körperschaftsstatus	187
2. Die Verleihung des Körperschaftsstatus	188
a) Allgemeines	188
b) Zuständigkeit, Verfahren und Form	188
c) Voraussetzungen bzw. Schranken	190
aa) Gewähr der Dauer	190
bb) Verfassung	190
cc) Zahl der Mitglieder	191
dd) Ungeschriebene Voraussetzungen bzw. Schranken	191
d) Aktuelle Probleme	193
3. Der Zusammenschluss korporierter Religionsgemeinschaften	194
III. Verlust und Entzug des Körperschaftsstatus	195
IV. Die Körperschaftsrechte	196
1. Allgemeines	196
2. Die Dienstherrnfähigkeit	197
3. Die Organisationsgewalt	198
4. Die Rechtsetzungsgewalt	198
5. Das Widmungsrecht	199
a) Begriff, Grundlage und Anwendungsbereich	199
b) Widmung und Entwidmung	200
c) Rechtsfolgen der Widmung	201
d) Der Gebrauch religionsgemeinschaftlicher öffentlicher Sachen	201
6. Das Parochialrecht	203
7. Das „Privilegienbündel“	203
8. Das Besteuerungsrecht	205
a) Die Bedeutung des Besteuerungsrechts	205
b) Historische Grundlagen	206
c) Der Status des Besteuerungsrechts	207
d) Steuergläubiger und Steuerschuldner	208
e) Die Ausgestaltung des Besteuerungsrechts	209
f) Die Steuerverwaltung	210
g) Der Rechtsweg	212
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	213
<hr/> D. Das Zusammenwirken von Staat und Religionsgemeinschaften <hr/>	
§ 10 Religionsverfassungsrechtliche Verträge	214
I. Der Begriff des religionsverfassungsrechtlichen Vertrages	214
II. Die historische Entwicklung der religionsverfassungsrechtlichen Verträge	215
1. Vorläufer	215

2. Religionsverfassungsrechtliche Verträge von 1919 bis 1933	215
3. Religionsverfassungsrechtliche Verträge von 1945 bis 1990	217
4. Religionsverfassungsrechtliche Verträge nach 1990	218
III. Funktionen der religionsverfassungsrechtlichen Verträge	220
IV. Typische Regelungsgehalte religionsverfassungsrechtlicher Verträge	222
V. Die Zulässigkeit religionsverfassungsrechtlicher Verträge	223
VI. Verpflichtung zum Abschluss religionsverfassungsrechtlicher Verträge?	225
VII. Die Rechtsnatur religionsverfassungsrechtlicher Verträge	228
1. Allgemeines	228
2. Konkordate als völkerrechtliche Verträge	228
3. Kirchenverträge als staatsrechtliche Verträge	229
VIII. Der Rang religionsverfassungsrechtlicher Verträge in der Rechtsordnung	231
IX. Die Bindungswirkung religionsverfassungsrechtlicher Verträge	232
X. Rechtsschutz	236
XI. Zuständigkeit und Verfahren	237
1. Die Zuständigkeit für den Abschluss religionsverfassungsrechtlicher Verträge	237
2. Verfahren	238
XII. Auslegung und Beendigung religionsverfassungsrechtlicher Verträge	238
1. Die Auslegung religionsverfassungsrechtlicher Verträge	238
2. Die Beendigung religionsverfassungsrechtlicher Verträge	238
XIII. Rechtsnachfolge in religionsverfassungsrechtliche Verträge	239
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	241
§ 11 Anstaltseelsorge	242
I. Grundlagen	242
1. Begriff und Rechtsgrundlagen	242
2. Dogmatische Grundlegung und Status	243
a) Anstaltseelsorge und Schutzpflichtendimension der Religionsfreiheit	243
b) Anstaltseelsorge als „gemeinsame Angelegenheit“	245
3. Anspruchsvoraussetzungen	246
a) Die Anstalten i.S.d. Art. 140 GG i.V.m. Art. 141 WRV	246
b) Das Bedürfnis nach Seelsorge und Gottesdienst	247
c) Die Anspruchsberechtigten	248
4. Anspruchsinhalt	250
5. Schranken	251
II. Die Seelsorge in der Bundeswehr	253
1. Rechtsgrundlagen	253
2. Die organisationsrechtliche Ausgestaltung	255
a) Der organisatorische Aufbau	255
aa) Verstoß gegen Art. 140 GG i.V.m. Art. 137 Abs. 1 WRV	256
bb) Verstoß gegen Art. 140 GG i.V.m. Art. 137 Abs. 3 S. 2 WRV	259
3. Der „Lebenskundliche Unterricht“	260
4. Exkurs: Die Seelsorge in der Bundespolizei	261
III. Die Seelsorge in Strafvollzugsanstalten	261
1. Rechtsgrundlagen	261
2. Organisationsrechtliche Ausgestaltung	262

Inhalt

IV. Die Seelsorge in Krankenhäusern	262
1. Rechtsgrundlagen	262
2. Organisationsrechtliche Ausgestaltung	262
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	263
§ 12 Religionsunterricht	264
I. Allgemeines	264
1. Rechtsgrundlagen	264
2. Dogmatische Grundlegung	265
3. Der dogmatische Status des Religionsunterrichts i.S.d. Art. 7 Abs. 2 und 3 GG	266
II. Der Anspruchsinhalt	267
1. Der Verfassungsbegriff des Religionsunterrichts	267
2. Öffentliche Schulen	269
3. Ordentliches Lehrfach	270
a) Überblick	270
b) Der Religionsunterricht als „staatliche Aufgabe und Angelegenheit“	270
c) Das Gleichbehandlungsgebot	271
d) Der Religionsunterricht als Pflichtfach mit Abmeldemöglichkeit	272
e) Die Ausgestaltung durch den Landesgesetzgeber	272
f) Exkurs: Religions- und Ethikunterricht	273
4. Die Übereinstimmungsklausel	276
a) Der Inhalt des Bestimmungsrechts der Religionsgemeinschaften	276
b) Die Grenzen des Bestimmungsrechts der Religionsgemeinschaften	277
5. Die Ausnahmeklausel des Art. 141 GG	279
a) Status und Regelungsgehalt	279
b) Anwendungsbereich	280
III. Die Anspruchsberechtigten	281
1. Die Erziehungsberechtigten	281
2. Die Schülerinnen und Schüler	282
3. Die Religionsgemeinschaften	283
IV. Schranken	285
V. Insbesondere: Islamischer Religionsunterricht	287
1. Allgemeines	287
2. Probleme des Anspruchsinhalts	288
a) Der Begriff der Religionsgemeinschaft	288
b) Das Beiratsmodell	290
c) Die Durchführung des Religionsunterrichts	291
3. Schranken	292
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	293
§ 13 Theologische Fakultäten	294
I. Allgemeines	294
1. Rechtsgrundlagen	294
a) Grundgesetz	294
b) Landesrecht	295
c) Religionsverfassungsrechtliche Verträge und Kirchenrecht	296

Inhalt

2. Dogmatische Grundlegung	296
3. Dogmatischer Status	297
II. Anspruchsinhalt	298
1. Theologische Fakultäten als staatliche Institutionen	298
2. Bestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften	299
a) Grundlegung	299
b) Studium und Prüfungswesen	299
c) Wissenschaftliches Personal	300
d) Die Errichtung einer theologischen Fakultät	301
e) Die Zulassung Konfessionsfremder	303
f) Die „Europäisierung“ des Studiums	303
III. Anspruchsberechtigte	304
IV. Schranken	305
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	306

E. Der flankierende Schutz der Religionsfreiheit

§ 14 Der Schutz des Religionsguts	307
I. Allgemeines	307
1. Rechtsgrundlagen	307
2. Dogmatische Grundlegung und dogmatischer Status	308
II. Der Schutzbereich	309
1. Der personelle Schutzbereich	309
2. Der sachliche Schutzbereich	310
a) Allgemeines	310
b) „Eigentum und andere Rechte“	310
c) Religiöse Zweckbestimmung	311
d) Schutzbereichsbegrenzung?	311
III. Der Eingriff in den Schutzbereich	312
IV. Die verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	313
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	315
§ 15 Staatsleistungen	316
I. Grundlagen	316
1. Staatsleistungen und Ablösungsgebot	316
a) Staatsleistungen und Säkularisation	316
b) Das Ablösungsgebot	317
2. Rechtsgrundlagen	317
3. Dogmatische Grundlegung und Status	317
a) Ablösung von Staatsleistungen und Religionsfreiheit	317
b) Dogmatischer Status	318
II. Die Staatsleistungen	318
1. Begriff	318
2. Arten von Staatsleistungen	319
a) Zwecke, Bezugspunkte und Modi	319
b) Insbesondere: Positive und negative Staatsleistungen	320
3. Rechtstitel	320
a) Gesetz, Vertrag und besondere Rechtstitel	320
b) Insbesondere: Religionsverfassungsrechtliche Verträge	321

Inhalt

4. Leistungsempfänger und Leistungsverpflichtete	321
III. Das Ablösungsgebot	323
1. Begriff und Bedeutung	323
2. Die Verpflichtung zur Ablösung	324
a) Art und Umfang der Ablösung	324
b) Zuständigkeit und Verfahren	326
c) Insbesondere: Keine Ablösung ohne Grundsatzgesetz	327
3. Bestandsschutz	328
a) Art. 173 WRV	328
b) Verfassungswidriges Verfassungsrecht?	329
c) Wegfall der Geschäftsgrundlage?	329
4. Das Verbot der Neubegründung von Staatsleistungen	330
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	332
§ 16 Sonn- und Feiertagsschutz	333
I. Grundlagen	333
1. Entwicklung des Sonn- und Feiertagsschutzes	333
2. Rechtsgrundlagen	334
a) Grundgesetz	334
b) Landesverfassungsrecht	336
c) Religionsverfassungsrechtliche Verträge	336
d) Einfaches Gesetzesrecht	336
3. Dogmatischer Status	337
a) Institutionelle Garantie?	337
b) Schutzpflichtendimension der Religionsfreiheit	338
II. Schutzbereich	339
1. Personeller Schutzbereich	339
2. Sachlicher Schutzbereich	340
a) Allgemeines	340
b) Der Sonntag	340
c) Die Feiertage	341
d) Arbeitsruhe	341
e) Seelische Erhebung	342
III. Eingriffe	342
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	344
1. Verfassungsimmanente Schranken	344
2. Verhältnismäßigkeit	344
a) Der Maßstab	344
b) Sonn- und Feiertagsschutz	345
c) Insbesondere: Der Schutz einzelner Feiertage	347
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	348
F. Ausblick: Religionsverfassungsrecht in Europa	
§ 17 Religionsverfassungsrechtliche Modelle in der EU	349
I. Allgemeines	349
II. Das Staats- bzw. Volkskirchenmodell	349
1. Kriterium und Erscheinungsformen	349
2. Insbesondere: Das Vereinigte Königreich	350

Inhalt

III.	Das Trennungsmodell	350
1.	Kriterium und Erscheinungsformen	350
2.	Insbesondere: Frankreich	351
IV.	Das Kooperationsmodell	351
V.	Konvergenz und Zwei-Ebenen-Modell	351
1.	Zur Kritik an der Systematisierung	351
2.	Die Konvergenzthese	352
3.	Das Zwei-Ebenen-Modell	353
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	353
§ 18	Europäisches Religionsverfassungsrecht	354
I.	Allgemeines	354
II.	Das EU-Grundrecht der Religionsfreiheit	354
1.	Zu Entwicklung und Systematik des Grundrechtsschutzes in der EU	354
2.	Art. 9 EMRK	356
3.	Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union	358
III.	EU-Recht und Religionsverfassungsrecht der Mitgliedstaaten	359
1.	Allgemeines	359
2.	Fehlende Regelungskompetenz der EU	359
3.	Die Achtung der nationalen Identität der Mitgliedstaaten	360
4.	Die Achtung des mitgliedstaatlichen Religionsverfassungsrechts	361
a)	Die Amsterdamer Kirchenerklärung und der EU-Verfassungsvertrag	361
b)	Art. 17 AEUV	361
IV.	Auswirkungen des EU-Rechts auf Religion und Religionsgemeinschaften	362
1.	Grundlagen und Anwendungsfälle	362
2.	Insbesondere: EU-Wettbewerbs- und Antidiskriminierungsrecht	363
a)	Einrichtungen im karitativen bzw. diakonischen Bereich	363
b)	Kirchensteuer und Staatsleistungen	364
c)	Antidiskriminierungs- und Arbeitsrecht	365
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	365
	Definitionen	366
	Literaturverzeichnis	368
	Stichwortverzeichnis	396

A. Grundlagen

§ 1 Einführung: Was ist und wozu Religionsverfassungsrecht?

I. Begriff, Status und Funktion des Religionsverfassungsrechts

1. Der Begriff des Religionsverfassungsrechts

„Nun sag', wie hast du's mit der Religion?“ Diese existenzielle Gretchen-Frage, gerichtet an den Doktor Faust, verlangt auch vom demokratischen Verfassungsstaat eine Antwort.¹ Das Grundgesetz liefert diese Antwort in seinen normativen Bestimmungen zum Religionsverfassungsrecht. Das Religionsverfassungsrecht behandelt die **Gesamtheit der Normen, die das Verhältnis des Staates zur Religion regeln**. Über die Bezeichnung dieses Rechtsgebietes herrscht seit dem Ende des 20. Jahrhunderts - ein allerdings an Intensität verlierender - Streit. Zwei Fraktionen stehen sich gegenüber: Während die eine Fraktion an dem lange unumstrittenen Begriff des Staatskirchenrechts festhalten möchte, schlägt die andere und sich zunehmend durchsetzende Richtung den Begriff des Religionsverfassungsrechts bzw. des Religionsrechts vor.² Bei dieser Auseinandersetzung handelt es sich nicht um einen bloß akademischen Streit um die Etikettierung eines im Übrigen identischen Rechtsgebietes. Vielmehr sind mit dem jeweiligen Etikett neben symbolischen auch programmatisch-konzeptionelle Implikationen verbunden. Vor diesem Hintergrund ist jede Bezeichnung – auch die hier verwendete – erläuterungsbedürftig.

1

a) Staatskirchenrecht?

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde das Rechtsgebiet, das sich mit dem Verhältnis des Staates zur Religion beschäftigt, als **Staatskirchenrecht** bezeichnet.³ Im Fokus dieser Disziplin stand und steht – entsprechend den beiden zentralen Komponenten des Begriffs – das **Verhältnis der beiden Institutionen Staat und Kirche(n)**, die seit der Entstehung und Ausbreitung der christlichen Kirche(n) die Geschichte des Abendlandes wesentlich geprägt haben. Schon lange bevor die individuelle Religionsfreiheit in den Blick geriet, war ein rechtlich fundierter Ausgleich zwischen der weltlichen und der geistlichen Gewalt mit ihren jeweiligen Institutionen erforderlich geworden (s.u. Rn. 15 ff.). Reste dieser institutionellen Ausrichtung fanden noch Eingang in die Weimarer Reichsverfassung vom 11.8.1919 und über den Umweg des Art. 140 GG auch in das Grundgesetz. Noch deutlicher als in der Weimarer Reichsverfassung stehen sie hier im Kontext der individuellen Religionsfreiheit des Art. 4 Abs. 1 und 2 GG. Das mit dem Begriff des Staatskirchenrechts verbundene Konzept beharrt aber in einer **stärkeren Variante** auf dem Vorrang der institutionellen Seite gegenüber dem

2

1 Vgl. *di Fabio*: Gewissen, Glaube, Religion, S. 15 (29).

2 Immerhin firmiert das Lehrbuch von *v. Campenhausen/de Wall* seit der 5. Auflage von 2022 nicht mehr unter dem Titel „Staatskirchenrecht“, sondern trägt die Bezeichnung „Religionsverfassungsrecht“. Allerdings hat das nunmehr von *Dietrich Pirson, Wolfgang Rübner, Michael Germann und Stefan Muckel* herausgegebene (Standard-) „Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland“ auch mit der 3. Auflage von 2020 seinen Titel nicht verändert; dazu *Germann*: § 7 Das System des Staatskirchenrechts in Deutschland, Rn. 71. Mit dem Versuch einer Vermittlung *Neureither*, in: Grzeszick (Hrsg.), S. 47 (56 ff.).

3 Zur Begriffsgeschichte siehe *Hense*, in: Haratsch u.a. (Hrsg.), S. 9 (15 ff.), und *Waldhoff*, in: Holzner/Ludya (Hrsg.), S. 13 ff.

§ 1 A. Grundlagen

Individualgrundrecht der Religionsfreiheit. In einer **schwächeren Variante** wird zumindest ein „institutioneller Überhang“ der inkorporierten Vorschriften aus der Weimarer Reichsverfassung behauptet, der nicht in Art. 4 Abs. 1 und 2 GG aufgehe. Insgesamt weist der Begriff des Staatskirchenrechts daher eine „institutionelle Schlagseite“ auf.⁴

- 3 Die aktuelle Verteidigung der Bezeichnung „Staatskirchenrecht“⁵ wird – soweit ersichtlich – im Wesentlichen auf **vier Argumente** gestützt.⁶ Das **pragmatische Argument** besagt, dass diese Bezeichnung herkömmlich und insofern im einschlägigen wissenschaftlichen Diskurs geläufig sei. Mit dem **thematischen Argument** wird behauptet, dass von der zu bezeichnenden Rechtsmaterie immer noch primär die großen christlichen Kirchen betroffen seien. Das **Vorrang-Argument** basiert auf der These, dass die individuelle Religionsfreiheit notwendig auf die „institutionelle Festigkeit in der Kirche“ angewiesen sei.⁷ Nicht der individuelle Glaube schaffe sich die erforderlichen Institutionen, vielmehr müssten umgekehrt die Kirchen und die anderen Religionsgemeinschaften als zentrale Bedingung des individuellen Glaubens angesehen werden, so dass „die Sinngebung für den Glaubenden von der Institution zum Individuum“ verlaufe.⁸ Das **Überhang-Argument**, mit dem die schwächere Variante des Konzepts vom Staatskirchenrecht gestützt werden soll, besagt, dass das Thema der Religion durch das Nebeneinander von Art. 4 Abs. 1 und 2 und Art. 140 GG jedenfalls in doppelter Weise im Grundgesetz verwurzelt sei und die inkorporierten Vorschriften aus der Weimarer Reichsverfassung nicht ohne „institutionellen Überhang“ im Grundrecht der Religionsfreiheit aufgingen.⁹

b) Religionsverfassungsrecht!

- 4 Der Begriff des **Religionsverfassungsrechts** steht für einen gegenüber dem Staatskirchenrecht **veränderten Interpretationsansatz** und eine **Erweiterung des Gegenstandsreichs** der bezeichneten Rechtsmaterie.¹⁰ Während das Staatskirchenrecht die institutionelle Seite des Staat/Religion-Verhältnisses dem Grundrecht der Religionsfreiheit aus Art. 4 Abs. 1 und 2 GG überordnet oder zumindest gleichstellt, ist mit dem Begriff des Religionsverfassungsrechts eine **grundrechtszentrierte Sichtweise auf das Verhältnis von Staat und Religion** verbunden, die **alle Materien des religionsbezogenen Rechts** und **alle Religionen und Religionsgemeinschaften** in den Blick nimmt. Die Ursachen für diese Umorientierung liegen in den Veränderungen der rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen, die seit dem Jahr 1919 zu verzeichnen sind.¹¹ Zu den veränderten **rechtlichen** Rahmenbedingungen zählt vor allem die konsequent individualrechtliche Fundierung und Ausrichtung des Grundgesetzes. Die veränderten **tatsäch-**

4 *Morlok*, in: Heinig/Walter (Hrsg.), S. 185 (187).

5 Für die Beibehaltung des Begriffs „Staatskirchenrecht“ u.a. *M. Heckel*, AöR 13 (2009), 309 (328); *Germann*, in: Epping/Hillgruber (Hrsg.), Art. 140 Rn. 1; *Stern*: Staatsrecht, Bd. IV/2, S. 1171.

6 Einen Überblick insbesondere über die ersten beiden Argumente liefert u.a. *Hense*, in: Haratsch u.a. (Hrsg.), S. 9 (36).

7 *Kirchhof*, EssGspr 39 (2005), S. 105 (113).

8 *Grzeszick*, in: Heinig/Walter (Hrsg.), S. 131 (135, 137).

9 So u.a. *Muckel*, in: Friauf/Höfling (Hrsg.), Art. 140 Rn. 25; *Korioth*, in: Festschrift für Peter Badura, S. 727 (730, 738 ff.); *Hillgruber*, in: Heinig/Walter (Hrsg.), 213 (215 ff.); *Heinig*, ZevKR 53 (2008), 235 (251 f.).

10 Zum Folgenden siehe etwa *Morlok*, in: Heinig/Walter (Hrsg.), S. 185 (187 ff.); *Hense*, in: Haratsch u.a. (Hrsg.), S. 9 (37 ff.) und *Walter*: Religionsverfassungsrecht, S. 128 ff. Die Kritik an diesem Verständnis zusammenfassend *Waldhoff*, EssGspr. 42 (2008), 55 (81 ff.).

11 Insofern geht auch der Vorwurf der Ahistorizität des Begriffs „Religionsverfassungsrecht“ ins Leere; zum Vorwurf *Korioth*, in: Festschrift für Peter Badura, S. 727 (737), dagegen *Morlok*, in: Heinig/Walter (Hrsg.), S. 185 (196 f.).

lichen Rahmenbedingungen können zunächst mit den Stichworten der fortschreitenden Individualisierung, Säkularisierung und Pluralisierung der Religion umschrieben werden (s.u. Rn. 48).

Zur Begründung der **Erweiterung des Gegenstandsbereiches**, d.h. gegen die Beschränkung auf den institutionellen Aspekt und den begriffsimmanenten Ausschluss der kleineren und nicht-christlichen Religionsgemeinschaften kann vor allem das verfassungstheoretische **Argument aus dem normativen und umfassenden Charakter der Verfassung** vorgebracht werden.¹² Das religionsbezogene Recht unter dem Grundgesetz erhebt den Anspruch, das Verhältnis des Staates zur Religion in allen seinen Facetten zu regeln. Eine dem Begriff des Staatskirchenrechts immanente Fokussierung auf die großen christlichen Kirchen ist damit nicht vereinbar.¹³ Gestützt wird dieses Argument zudem durch den Hinweis auf die gebotene **Neutralität** des Staates in religiösen und weltanschaulichen Angelegenheiten (s.u. Rn. 90).

Aus der **konsequent grundrechtszentrierten Lesart** der Rechtsmaterie folgt, dass **Art. 4 Abs. 1 und 2 GG als Ausgangspunkt und Fundamentalnorm** des Religionsverfassungsrechts anzusehen ist.¹⁴ Zur Begründung kann zunächst die **Systematik** des Grundgesetzes angeführt werden, die das Grundrecht der Religionsfreiheit an der Spitze der speziellen Freiheitsrechte im Grundrechtsteil ansiedelt, während die Inkorporation der religionsbezogenen Vorschriften aus der Weimarer Reichsverfassung erst im Abschnitt der Übergangs- und Schlussbestimmungen erfolgt. Gewichtiger ist der verfassungstheoretisch fundierte und in der Verfassung selbst zu belegenden Hinweis auf den **Vorrang des Individuums vor den Institutionen** im und unter dem Grundgesetz.¹⁵ Ausgangspunkt ist die in Art. 1 Abs. 1 GG verankerte Menschenwürde, mit der die Autonomie der Freien und Gleichen als verfassungstheoretische und zugleich verfassungsrechtliche Grundlage des Grundgesetzes benannt wird. Die nachfolgenden Grundrechte in Gestalt der Freiheits- und Gleichheitsrechte formen diese Grundlage in spezifische Rechtspositionen des Individuums aus, jeweils in einer Abwehr- und einer Schutzdimension. Aus dieser Grundlegung sowie aus der Einheit der Verfassung folgt, dass das Verhältnis des Staates zur Religion vom Grundrecht der Religionsfreiheit dominiert wird. Die institutionellen, auf die Religionsgemeinschaften bezogenen, und die vermeintlich objektiv-rechtlichen Aspekte – wie etwa der Sonntagsschutz in Art. 140 GG i.V.m. Art. 139 WRV – können als spezifische und kontingente Ausprägungen und Ausformungen der **Schutzpflichtendimension der Religionsfreiheit** gelten.¹⁶ Sie sichern die Bedingungen der Möglichkeit der Ausübung von Religion durch Individuen – mit Besonderheiten etwa bei den jeweils einschlägigen Schranken (vgl. Art. 137 Abs. 3 WRV). Diese Sicherungen sind insoweit kontingent, als sie z.T. keine notwendigen,

12 Zu diesen Elementen des Verfassungsbegriffs des Grundgesetzes siehe *Unruh*: Der Verfassungsbegriff des Grundgesetzes, S. 399 ff., 416 ff.

13 Zustimmung u.a. *Waldhoff*, *EssGspr.* 42 (2008), 55 (80).

14 In diesem Sinn auch BVerfGE 102, 370 (393); das BVerfG bezeichnet Art. 4 Abs. 1 und 2 GG zuweilen und zutreffend auch als „leitenden Bezugspunkt des deutschen staatskirchenrechtlichen Systems“ (BVerfGE 139, 321 (349)). Aus der Literatur etwa *Borowski*, S. 298 ff.; *Germann*, in: Epping/Hillgruber (Hrsg.); Art. 140 Rn. 4. Gegen die grundrechtliche Deutung u.a. *Uhle*: Staat-Kirche-Kultur, S. 131ff.; *Hillgruber*, *JZ* 1999, 538 (547); dagegen *Waldhoff*, in: Holzner/Ludyga (Hrsg.), S. 13 (24 ff.) m.w.N.

15 Zur Verfassungstheorie siehe *Unruh*: Der Verfassungsbegriff, S. 340 ff.; mit Bezug auf das Religionsverfassungsrecht insbesondere *M. Heckel*: Religionsfreiheit und Staatskirchenrecht, S. 303 (309 ff.); und *Morlok*, in: Heinig/Walter (Hrsg.), S. 185 (192). Mit diesem Argument kann dem Vorwurf von *Augsberg*, in: Holzner/Ludyga (Hrsg.), S. 73 (84), es würde bei der Diskussion über das Religionsverfassungsrecht „erstaunlich selten ...auf den spezifischen Sinn des Verfassungskonzepts verwiesen“, begegnet werden.

16 Für den Sonntagsschutz aus Art. 140 GG i.V.m. Art. 139 WRV bestätigt durch BVerfGE 125, 39 (77).

§ 1 A. Grundlagen

sondern kulturspezifische Folgerungen aus der Schutzpflichtendimension des Art. 4 Abs. 1 und 2 GG darstellen; als Beispiel kann wiederum der Sonntagschutz herangezogen werden. Das mit dem Begriff des Religionsverfassungsrechts verbundene Konzept ist daher sowohl verfassungstheoretisch als auch verfassungsrechtlich abgesichert. Es ist ein **integratives Konzept**, das die über Art. 140 GG inkorporierten „institutionellen“ Aspekte nicht ausblendet, sondern in eine einheitliche Dogmatik zum Verhältnis von Staat und Religion unter dem Grundgesetz einfügt und ihnen dort eine gewichtige, gleichwohl dienende Rolle zuweist. Es erhebt zudem den Anspruch, das **Religionsverfassungsrecht des Grundgesetzes als konsistentes und kohärentes System** beschreiben zu können, und zwar mit dem Grundrecht auf Religionsfreiheit als archimedischem Punkt.¹⁷

- 7 Flankierend kann zugunsten dieser Lesart das pragmatische Argument aus der **Rechtsvergleichung** und dem **europäischen Gemeinschaftsrecht** angeführt werden. Eine rechtsvergleichende Analyse ergibt, dass der Begriff des Religionsverfassungsrechts bzw. ähnliche Begriffe sich auch in den rechtlichen Diskursen und Rechtsordnungen anderer Länder durchzusetzen beginnen.¹⁸ In diesem Zusammenhang dürfte auch rein terminologisch der Begriff des „Religionsverfassungsrechts“ auf internationaler Ebene eher zu vermitteln sein als der mit spezifisch deutschen Besonderheiten behaftete Begriff des „Staatskirchenrechts“.¹⁹ Hinsichtlich des Gemeinschaftsrechts ist schließlich darauf hinzuweisen, dass sich auch dort die grundrechtszentrierte, zumeist an Art. 9 EMRK ausgerichtete Betrachtungsweise der Religion durchgesetzt hat. Die Verwendung des programmatischen Begriffs des Religionsverfassungsrechts hält das grundgesetzliche Modell in Europa anschlussfähig. Es kann sogar als Vorbild dienen, „weil es aus vielfältigen langen Erfahrungen religiöser Konflikte erwuchs und im europäischen Vergleich zukunftssträchtig ist“.²⁰
- 8 Insgesamt sprechen also gute Gründe für eine Abkehr vom Begriff des Staatskirchenrechts und für eine Hinwendung zu einer umfassenden und grundrechtszentrierten Betrachtung des Verhältnisses zwischen Staat und Religion. Als Bezeichnung für diese Betrachtungsweise konkurriert der Begriff des Religionsverfassungsrechts aber noch mit dem **Begriff des Religionsrechts**. Vielfach werden beide Begriffe undifferenziert nebeneinander oder sogar als Synonyme verwendet. Sofern auf eine sachliche Differenz abgehoben wird, soll der Begriff des Religionsverfassungsrechts auf die originär verfassungsrechtlichen Normenbezüge beschränkt sein, während das Religionsrecht – insoweit weiter gehend – als Oberbegriff sowohl das Religionsverfassungsrecht als auch die weiteren einschlägigen Rechtsmaterien, wie etwa das Religionsverwaltungsrecht etc., umfassen soll.²¹ Gegen die Verwendung des Begriffs „Religionsrecht“ spricht nicht schon der Umstand, dass er seine Ursprünge in der Zeit des Nationalsozialismus

17 Skeptisch gegenüber der Idee eines Systems des Religionsverfassungsrechts v. *Campenhausen/de Wall*, S. § 39; ausführlich und i.W. affirmativ zum Systemgedanken mit der Religionsfreiheit als archimedischem Punkt *German*: Das System des Staatskirchenrechts in Deutschland, Rn. 1 ff.

18 Dazu Beispiele bei *Hense*, in: Haratsch u.a. (Hrsg.), S. 9 (41).

19 Ebenso *H. Weber*: Diskussionsbeitrag, *EssGspr.* 42 (2008), S. 114.

20 *M. Heckel*: Religionsfreiheit und Staatskirchenrecht, S. 303 (312). Zum Aspekt der Anschlussfähigkeit im europäischen Kontext siehe auch *Korioth*, in: Festschrift für Peter Badura, S. 727 (747), und *Walter*, in: *Grote/Marauhn* (Hrsg.), S. 215 (239).

21 Vgl. *Hense*, in: Haratsch u.a. (Hrsg.), S. 9 (43 ff.); für ein weiter gehendes Begriffsverständnis auch *Morlok*, in: *Heinig/Walter* (Hrsg.), S. 185 (187). Siehe auch den Titel des Lehrbuchs von *Classen*: Religionsrecht, passim.

hat.²² Überhaupt dürften die Differenzen tatsächlich nicht besonders groß sein. Wenn im Folgenden der Begriff des Religionsverfassungsrechts bevorzugt wird, so liegt dies primär an der grundrechtszentrierten, und damit verfassungsrechtlich fundierten, auf die Religionsfreiheit hin justierten Perspektive auf das zu behandelnde Rechtsgebiet.²³ Darüber hinaus kann darauf hingewiesen werden, dass sich die einschlägigen einfachgesetzlichen Regelungen als „Ausprägungen und Konkretisierungen der verfassungsrechtlichen Basis“ erweisen.²⁴

2. Status und Funktion des Religionsverfassungsrechts

Das Religionsverfassungsrecht ist im Kern **öffentliches Recht**, das allerdings auch auf andere Rechtsgebiete, etwa das Arbeitsrecht ausstrahlt. Trotz seiner Besonderheiten ist es also kein Rechtsgebiet sui generis, dessen Behandlung einer besonderen Methodik bedürfte.²⁵ Das Religionsverfassungsrecht kann ferner – unter Verwendung der Terminologie von *Martin Heckel* – als **säkulares Rahmenrecht** für alle Religionen und Religionsgemeinschaften bezeichnet werden.²⁶ Das Religionsverfassungsrecht ist also zunächst **Recht des säkularen Staates**. Das bedeutet, dass der Staat sein Verhältnis zur Religion kraft seiner originären Rechtsetzungsmacht in weltlichen Angelegenheiten selbst regelt. Auch die Religion und die Religionsgemeinschaften stehen unter dem Grundgesetz; der Vorrang, die Normativität und der umfassende Charakter der Verfassung erfahren auch in Religionsangelegenheiten keine Bereichsausnahme. Die verfassungsgebende bzw. verfassungsändernde Gewalt erstreckt sich allerdings nur auf die säkularen Befugnisse zur Rechtsetzung, nicht auf die Rechtsgewalt der Religionsgemeinschaften in ihren eigenen Angelegenheiten. Daraus folgt die Wesensverschiedenheit des (bekenntnisneutralen) weltlichen Rechts einerseits und des (bekenntnisgebundenen) Rechts der Religionsgemeinschaften bzw. des Kirchenrechts andererseits.

Das Religionsverfassungsrecht ist ferner inhaltlich durch **säkulare Rahmennormen** geprägt: seine Begriffe „sind Rahmenbegriffe weltlich-staatlichen Charakters, die den divergierenden religiösen Vorstellungen der Bürger und der Religionsgemeinschaften Freiheit gewähren und Schranken ziehen.“²⁷ Die Ausfüllung dieser Begriffe bleibt weitgehend, d. h. in dem religionsverfassungsrechtlich vorgegebenen Rahmen, dem jeweiligen religiösen Selbstverständnis der Betroffenen überlassen. Das religionsbezogene staatliche Recht zeichnet sich also durch eine säkulare und neutrale Selbstbeschränkung aus, die die religiöse Wahrheitsfrage bewusst offen lässt.

Mit diesem Status des Religionsverfassungsrechts sind im Wesentlichen **zwei Funktionen** verbunden. Das Religionsverfassungsrecht des säkularen Staates muss einerseits der Vielfalt der Religionen und Weltanschauungen **Schutz und Entfaltungsfreiheit** gewähren. Es darf die unterschiedlichen Religionen und Religionsgemeinschaften nicht diskriminieren, nivellieren oder gar säkularisieren; vielmehr muss es das Religiöse in distanzierter und zugleich neutraler Offenheit achten und fördern. Andererseits muss das Religionsverfassungsrecht den **normativen Anspruch des säkularen Rechts** und die

22 Dazu *Walter*, in: Grote/Maruhn (Hrsg.), S. 215 (216) unter Hinweis auf den 1938 gegründeten „Ausschuss für Religionsrecht“.

23 Vgl. auch die gleichnamige Monografie von *Walter*: Religionsverfassungsrecht.

24 *Waldhoff*, *EssGspr.* 42 (2008), 55 (57 – noch zum Begriff des Staatskirchenrechts). Kritisch zum Begriff des Religionsrechts auch *Stern*: Staatsrecht, Bd. IV/2, S. 1169.

25 Vgl. *Hense*, in: Haratsch u.a. (Hrsg.), S. 9 (45).

26 Zum Folgenden siehe *M. Heckel*: Religionsfreiheit und Staatskirchenrecht, S. 303 (306 ff.).

27 *M. Heckel*: Religionsfreiheit und Staatskirchenrecht, S. 303 (307).

§ 1 A. Grundlagen

Einheit der staatlichen Rechtsordnung auch im Bereich der Religion sichern. Insofern muss es zum Schutz von Freiheit und Gleichheit aller Bürger auch der Religionsfreiheit und ihren vielfältigen individuellen, kollektiven und korporativen Erscheinungsformen Grenzen ziehen. Das Religionsverfassungsrecht bewegt sich im Ergebnis also im **Spannungsfeld zwischen Religionsermöglichung und -begrenzung**.

II. Die Bedeutung des Religionsverfassungsrechts

- 12 Die Frage nach dem „Wozu“, d. h. nach der aktuellen Bedeutung des Religionsverfassungsrechts, erfordert eine doppelte Antwort. Im **Kontext der deutschen Rechtsordnung** ist das Religionsverfassungsrecht nach einer langen Phase der ruhigen, insbesondere vom BVerfG voran getriebenen Entwicklung zu einer viel und heftig diskutierten Rechtsmaterie geworden.²⁸ In diesem Zusammenhang wird sogar die These vertreten, dass das Religionsverfassungsrecht „des 21. Jahrhunderts nicht mehr das der insoweit ruhigen 1980er und 1990er Jahre sein“ werde.²⁹ Z.T. wird hervorgehoben, dass das Religionsverfassungsrecht zunehmend zu einem Gefahrenabwehrrecht mutiere.³⁰ Jedenfalls oszilliert der Regelungsgegenstand der Religion in der öffentlichen und fachlichen Wahrnehmung zwischen den Beschreibungen als „Integrationsfaktor oder Konfliktherd“.³¹ Die Gründe liegen in den bereits erwähnten Veränderungen der rechtlichen und vor allem der tatsächlichen Rahmenbedingungen (s.o. Rn. 4). Insgesamt gilt: „Das Religionsverfassungsrecht ist aufgrund der sozio-kulturellen Entwicklung der letzten Jahre (zu Recht) von der Peripherie in das Zentrum des Interesses nicht nur der Fach-, sondern auch einer breiteren Öffentlichkeit gerückt.“³² Bereits dieser Befund lässt das Religionsverfassungsrecht zu einem lohnenswerten Studienobjekt werden. Die Attraktivität des Gegenstands wird durch seine allgemeinpolitische und verfassungsrechtliche Bedeutung noch gesteigert. Denn angesichts der Zunahme der kulturellen Vielfalt ist gerade das Religionsverfassungsrecht zu dem Ort geworden, an dem sich die Integrationsfähigkeit der deutschen Verfassungsordnung zu bewähren hat.
- 13 Im **supranationalen Kontext** werden die Bedeutung und die Attraktivität des Religionsverfassungsrechts durch zwei gegensätzliche, gleichwohl zusammenhängende Aspekte markiert. Zum einen ist die Kenntnis des nationalen Religionsverfassungsrechts bedeutsam für die Frage, wie und in welchem Umfang sich gerade das deutsche Modell des Verhältnisses von Staat und Religion im Rahmen des Gemeinschaftsrechts – und hier besonders des Primärrechts und der Rspr. des EuGH – **erhalten und bewähren** kann. Zum anderen ist die entgegengesetzte Frage virulent, ob und ggf. in welchem Umfang gerade das deutsche Religionsverfassungsrecht mit seiner geschichtsgesättigten Ausgleichsfunktion (s.o. Rn. 7) im europäischen Kontext eine **Vorbildfunktion** wahrnehmen kann. Insgesamt sind also neben dem rein akademischen Interesse genügend Gründe vorhanden, sich dem Religionsverfassungsrecht zuzuwenden.

28 Zur Systematisierung der aktuellen Diskussion *Heinig*, ZevKR 53 (2008), 235 (241 ff.); Überblick über die aktuellen Probleme bei *Munsonius*, DÖV 2013, 93 ff.

29 *Walter*, DVBl. 2008, 1073 (1080) unter Hinweis auf *Stolleis*, ZevKR 41 (1996), 435 (437).

30 *Heinig*, ZevKR 53 (2008), 235 (251); dazu auch *Möllers*, VVDStRL 68 (2009), 49 ff.

31 So der programmatische Titel eines Beitrags von *H. Dreier*: Religion im Grundgesetz – Integrationsfaktor oder Konfliktherd?, S. 33 7 ff.

32 *Unruh*, ZevKR 52 (2007), S. 111; ebenso *Waldhoff*, EssGspr. 42 (2008), 55 (98 ff.). *Stern*: Staatsrecht, Bd. IV/2, S. 1163, spricht von „juristische(r) Blutauffrischung“.

Wiederholungs- und Vertiefungsfragen

- > Wie lautet die Definition des Begriffs „Religionsverfassungsrecht“? (Rn. 1)
- > Welche Argumente können für und gegen den Begriff des Religionsverfassungsrechts angeführt werden? (Rn. 6 f.)
- > Was bedeutet die Umschreibung des Religionsverfassungsrechts als „säkulares Rahmenrecht“? (Rn. 9 f.)
- > Welche Funktion(en) erfüllt das Religionsverfassungsrecht? (Rn. 10)
- > Welche aktuelle Bedeutung kommt dem Religionsverfassungsrecht im nationalen und supranationalen Kontext zu? (Rn. 11)

§ 2 Die historische Entwicklung des Religionsverfassungsrechts

I. Allgemeines

- 14 Das Phänomen der Religion ist ebenso untrennbar mit der Geschichte der Menschheit verbunden wie das Phänomen der weltlichen Herrschaft. Das Verhältnis dieser beiden Phänomene zueinander ist daher ein Grundthema zumindest der abendländischen Geschichte, denn mit dem Christentum hat sich zugleich das Bewusstsein von der funktionalen Differenz zwischen weltlicher Herrschaft und geistlicher Sphäre entwickelt. Über weite Strecken der europäischen Geschichte stellte die Bestimmung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche – zwischen imperium und sacerdotium – das Grundproblem der Verfassungstheorie und des Verfassungsrechts dar. Das Religionsverfassungsrecht in seiner aktuellen Gestalt baut auf den im Verlaufe der Jahrhunderte gewonnenen Erkenntnissen auf und kann daher nur auf der Grundlage einer zumindest überblicksartigen Kenntnis seiner historischen Entwicklung begriffen werden.¹ Diese Entwicklung ist nicht geradlinig verlaufen, sondern zeichnet sich durch unterschiedliche, z.T. sich überlagernde Phasen der Verbindung, der vollständigen Trennung und der Trennung unter Beibehaltung diverser Verbindungen von Staat und Religion aus.

II. Staat und Religion in der Antike

- 15 In der vorchristlichen Kulturwelt, so auch im **Rom** der Antike, bildeten weltliche Herrschaft und Religion eine untrennbare Einheit. Gleichwohl übte der römische Staat religiöse Toleranz gegenüber den Religionen der unterworfenen Völker, wenn und soweit zumindest formal der römische Staatskultus anerkannt wurde. Zumeist stellten diese Religionsgemeinschaften aufgrund ihrer nur lokalen Bedeutung keine Bedrohung für den politischen Zusammenhalt des römischen Staates dar. Mit dem Postulat der – im Unterschied zum Judentum auch nationenübergreifenden – Ausschließlichkeit des Glaubens (vgl. das erste der zehn Gebote), sowie mit der Lehre, dass Gott mehr als den Menschen zu gehorchen sei, wurde das sich ausbreitende **Christentum** als eine solche Bedrohung empfunden. Denn auf dieser Grundlage war nicht nur die äußerliche Anerkennung des römischen Kaiserkultes ausgeschlossen, sondern sogar die bis dahin unbestrittene Einheit von Staat und Religion überhaupt in Frage gestellt. So verweigerten die frühen Christen z. B. die Teilnahme am Staatskult, den Wehrdienst und die Wahrnehmung öffentlicher Ämter. Der römische Staat reagierte mit z.T. massiven Verfolgungen, die einen letzten Höhepunkt unter Kaiser *Diocletian* (303/304) erreichten. Nicht zuletzt die Standhaftigkeit der Verfolgten, aber auch die zunehmende Instabilität des zerfallenden spätrömischen Reiches ließen den Versuch einer dauerhaften Unterdrückung des Christentums scheitern. Im Gegenteil: nunmehr begann der „Aufstieg“ des Christentums zur Staatsreligion.
- 16 Den Wendepunkt markiert das erste **Toleranzedikt** des *Galerius* aus dem Jahre 311, das auf der Grundlage des zwischen *Licinius* und *Konstantin I.* abgeschlossenen **Mailänder Abkommens** von 313 reichsweit durchgesetzt wurde. Seine historisch kaum zu überschätzende Bedeutung liegt in der erstmaligen Gleichstellung des Christentums mit anderen Religionen. *Konstantin I.* blieb jedoch nicht bei der bloßen Toleranz

1 Ebenso etwa *Waldhoff*, *EssGspr.* 42 (2008), 55 (59); *Stern*: Staatsrecht, Bd. IV/2, S. 1183; Überblick bei *Pirson*: § 1 Geschichtliche Grundlagen des Staatskirchenrechts in Deutschland, Rn. 1 ff.

stehen, sondern förderte aktiv die Verbreitung des Christentums. Seine Bestrebungen, das Christentum zur römischen Staatsreligion zu erheben, wurden jedoch erst zwei Generationen später durch Kaiser *Theodosius* mit dem **Edikt vom 28. Februar 380** verwirklicht. Aus religionsverfassungsrechtlicher Perspektive sind mit diesem Schritt drei bedeutsame Folgen verbunden: Zunächst wird die zwischenzeitlich relativierte Vorstellung von der Einheit zwischen weltlicher Herrschaft und Religion wiederbelebt – unter (folgenreicher) Zurückdrängung des Toleranzgedankens; das *ius sacrum* wird Teil des *ius publicum*. Damit ist – zweitens – zugleich das für Jahrhunderte maßgebliche Bündnis von Thron und Altar, d.h. die Verbundenheit von Staat und Kirche zur Herrschaft zementiert. Schließlich ist – drittens – festzuhalten, dass diese Verbundenheit gleichwohl von der institutionellen Trennung von Staat und Kirche ausgeht. Art und Umfang von Herrschaft waren künftig zwischen Kaiser und Papst auszutarieren. Insofern besteht das Erbe der Spätantike in der Ambivalenz der gedanklichen Einheit von weltlicher Herrschaft und Religion bei gleichzeitiger institutioneller Trennung.

III. Staat und Religion im Mittelalter

An dieser Ambivalenz sollte sich das Religionsverfassungsrecht des gesamten Mittelalters abarbeiten. Es ist bestimmt von dem Ringen beider Seiten um die Vorherrschaft. Den theoretischen Rahmen lieferte die sog. **Zwei-Schwerter-Lehre**, die unter Bezugnahme auf Lukas 22, 38 zuerst von Papst *Gelasius I.* in einem Brief an Kaiser *Anastasius von Byzanz* aus dem Jahre 494 formuliert worden ist.² Danach wird die Welt durch zwei Gewalten regiert: die Autorität der Kirche und die Macht des Monarchen. Während die weltliche Seite zunehmend die Suprematie der kaiserlichen Gewalt einforderte, fußte die gegenläufige Auslegung der Kirche auf der These, dass die geistliche Gewalt, weil auf das jenseitige Heil gerichtet, gegenüber der weltlichen Macht höher-rangig sei. Beide Schwerter seien von Gott unmittelbar an Petrus (und damit seine Nachfolger) übergeben worden. Über das geistliche Schwert verfüge der Papst selbst, das weltliche leihe er dem Kaiser, der es im Dienst und ggf. auf Weisung der Kirche zu führen habe.

17

In der Praxis konnten allerdings die weltlichen Herrscher einen zunehmenden Einfluss auf die Kirche gewinnen. Schon unter *Karl dem Großen* (716–814) wurden imperium und sacerdotium verschmolzen.³ Paradigmatisch für die institutionelle Verzahnung beider Gewalten unter der Vorherrschaft der weltlichen Macht ist das sog. **Ottomische System**, vor allem unter *Otto dem Großen* (936–973). Einerseits besaßen die weltlichen Herrscher zugleich eine sakrale Stellung und die Befugnis zur Berufung von Laien in – materiell einträgliche – Kirchenämter (Laieninvestitur) sowie zur Einberufung von Konzilien; andererseits wurden die Bischöfe an der Ausübung weltlicher Macht beteiligt.⁴ Gegen diese Verzahnung wandte sich die **kirchliche Reformbewegung des 10.-12. Jahrhunderts**, die vom Kloster Cluny (Burgund) ihren Ausgang nahm und unter dem Motto „*libertas ecclesiae*“ nicht nur die Befreiung der Kirche von staatlicher Bevormundung, sondern die Überordnung der geistlichen über die weltliche Macht, d.h. auch die *potestas directa papae in temporalibus* verlangte.⁵ Nachdem bereits Papst *Nikolaus II.* im Jahre 1059 ein Verbot der Laieninvestitur ausgesprochen hatte,

18

2 Dazu u.a. *Unruh: Reformation – Staat – Religion*, S. 11 ff.

3 *Zippelius*, S. 29 ff.

4 *Feine*, § 23; *Zippelius*, S. 38 f.

5 *Berman*, S. 154 ff.

§ 2 A. Grundlagen

wurde diese Forderung maßgeblich in den sog. *Dictatus Papae* (1075) von *Gregor VII.* formuliert. Die heftige Konfrontation zwischen weltlicher und kirchlicher Gewalt (**Investiturstreit**)⁶ führte zum sprichwörtlich gewordenen Gang nach Canossa von Kaiser *Heinrich IV.* (1077). Sie endete mit dem **Wormser Konkordat** im Jahre 1122, das der Kirche die von der weltlichen Gewalt unbeeinflusste Investitur der Bischöfe, die aber ihrerseits mit weltlichen Gütern zu belehen waren, garantierte. Der uneingeschränkte päpstliche Führungsanspruch manifestierte sich dann in der von Papst *Bonifaz VIII.* erlassenen **Bulle Unam Sanctam** (1302). Der Papst sei zwar verpflichtet, das ihm von Gott übergebene weltliche Schwert an den Kaiser weiter zu geben, dürfe aber im Fall eines das Seelenheil gefährdenden Missbrauchs der weltlichen Gewalt auch in weltlichen Angelegenheiten eingreifen.

- 19 Zu einer dauerhaften Realisierung dieses Anspruchs ist es aber nicht mehr gekommen. Das politische Gewicht der Kirche wurde extern durch die zunehmende Bedeutung der sich ab dem 13. Jahrhundert herausbildenden Territorialstaaten, intern durch das große Schisma mit Päpsten in Rom und Avignon (1378–1417) sowie mit der Bewegung der Reformkonzilien ab dem 15. Jahrhundert geschwächt. So konnte sich die weltliche Gewalt im weiteren Verlauf des Mittelalters weitgehende Aufsichts- und Verwaltungsrechte über die Kirche und ihr Vermögen verschaffen. Damit war zugleich der Weg zum landesherrlichen Kirchenregiment bzw. zum reformatorischen Landeskirchentum bereitet. Insgesamt blieb im Mittelalter das Grundsatzproblem der Zuordnung von weltlicher und geistlicher Macht unaufgelöst; die Universalansprüche beider Seiten waren gescheitert. Im Übrigen ist zu betonen, dass es in dieser geschichtlichen Epoche (noch) nicht zur Ausdifferenzierung eines subjektiven Rechts auf Religionsfreiheit oder entsprechender Vorformen kommen konnte, da – abgesehen von vereinzelt „Häresien“ – nur eine Religion, verkörpert in und durch eine Kirche, existierte.⁷

IV. Die Reformation

- 20 Die durch *Martin Luthers* Thesen wider den Ablass vom Oktober 1517 angestoßene Reformation war im Ansatz eine theologische Bewegung, die jedoch erhebliche Auswirkungen auch auf die Reichsverfassung und damit das Religionsverfassungsrecht zeitig hat.⁸ Sie richtete sich primär gegen die Verzahnung einerseits der kirchlichen und der weltlichen Organisationsstrukturen und andererseits der kirchlichen und der weltlichen Autorität in der mittelalterlichen Kirchenverfassung. Als innerkirchlicher Reinigungsprozess war sie auf eine Besinnung der Kirche auf ihre eigentlichen, geistlichen Aufgaben ausgerichtet. Zur Abgrenzung von geistlichem und weltlichem Bereich erneuerte *Luther* die auf *Augustinus* Schrift „*De Civitate Dei*“ zurückgehende **Zwei-Reiche-Lehre**.⁹ Die Aufgabe der Kirche besteht danach ausschließlich in der Wortverkündigung und der Sakramentsverwaltung. Die weltliche Obrigkeit hingegen wird in ihrer Zuständigkeit im Wesentlichen auf die Gewährleistung des äußeren Friedens, von Recht und Ordnung beschränkt. Diese zunächst strikte Trennung der beiden Aufgabenbereiche, die vor gegenseitiger Einflussnahme schützt, erfährt jedoch eine

6 *Hartmann*, RGG, Bd.4, Sp.212 ff.

7 Vgl. *Waldhoff*, *EssGspr.* 42 (2008), 55 (60).

8 Dazu etwa *Fürstenau*, S. 9 ff.; *M. Heckel*, *Zur Entwicklung des deutschen Staatskirchenrechts*, S. 366 ff.; *Link*: *Kirchliche Rechtsgeschichte*, § 10; *de Wall/Muckel*, § 4.

9 *Luther*: Von weltlicher Obrigkeit, wie weit man ihr Gehorsam schuldig sei (1523). Zur Bedeutung der Reformation für die Religionsfreiheit siehe *Unruh*: *Reformation – Staat – Religion*, passim. Speziell zu *Luther* auch *Mantey*, passim; zu *Augustinus* (354–430) siehe *Böckenförde*: *Geschichte*, S. 185 ff.

Stichwortverzeichnis

Die Angaben verweisen auf die Paragraphen des Buches (**fette Zahlen**) sowie die Randnummern innerhalb der einzelnen Paragraphen (magere Zahlen).

Beispiel: § 9 Rn. 10 = 9 10

- AEMR 4 135
Anastasius von Byzanz 2 17
Anschütz, Gerhard 6 153, 158
Anstaltseelsorge 2 42, 4 106, 10 343,
11 376 ff., 12 414 f., 450, 17 578
– Anstalt 11 382 f.
– Gefängnisseelsorge 11 377, 379, 409 ff.
– Krankenhauseelsorge 11 411 f.
– Militärseelsorge 3 60, 4 106, 10 338,
11 376, 392, 395 ff.
– Muslime 11 389, 12 461
– Polizeiseelsorge 11 383, 408
Antidiskriminierung 6 197 ff.
Antike 2 15 f., 4 64
Arbeiterbewegung 16 541
Arbeitsrecht 3 62, 6 188 ff.
Aufklärung 2 29, 34, 16 541
Augsburger Religionsfriede 2 22 ff., 4 64,
14 490
– ius emigrandi 2 22
– ius reformandi 2 22, 24
Augustinus 2 20
Autonomie 1 6, 2 34
BAG 4 100, 6 195
Barmer Theologische Erklärung 2 41
Baurecht 3 62
Beamte 4 106, 6 216, 16 551
Beamtenrecht 3 62
Beglaubigung von Urkunden 9 314
Begräbnisritus 4 70
Beleihung 9 276
Belgien 17 579
Bereichslehre 6 172, 213 f., 219 f.
Berufsethischer Unterricht 11 408
Berufsfreiheit 4 103, 16 558
Beschneidung 4 71
Besondere Gewaltverhältnisse 11 380
BGH 6 217, 219 f., 9 277
Bildungsauftrag 12 419, 425, 432
Bismarck, Otto von 2 35
Blasphemie 4 81
Böckenförde, Ernst-Wolfgang 9 280
Bodin, Jean 2 28
Boutmy, Emile 4 64
Bulle unam sanctam (1302) 2 18
Bundesrepublik Deutschland 2 43
Burka 4 82, 132, 136
Burkini 4 132
BVerfG 1 12, 4 65 ff., 75, 85, 91 ff., 114 f.,
121 f., 6 158, 188, 192, 199, 217, 7 257,
8 271, 9 286, 323, 10 351, 353, 11 391,
12 424, 444, 14 504, 506, 15 535,
16 563, 18 585, 590
– 1. Abtreibungsurteil 4 104
– Bahá'í-Entscheidung 4 92 f., 8 267, 274,
14 500
– Goch-Urteil 6 230
– Jedermann-Formel 6 171
– Konkordats-Urteil 3 50, 63, 10 334
– Kopftuch-Entscheidung 4 106, 113
– Kreuzifix-Entscheidung 4 111 ff.
– Lissabon-Urteil 4 137, 18 594, 599
– Lumpensammler-Entscheidung 4 85, 92 f.
– Mitbestimmungsurteil 6 201
– Schächt-Urteil 4 103
– St. Salvator-Entscheidung 13 488, 14 507
– Volkszählungsurteil 6 228
– Wechselwirkungslehre 6 173
– Zeugen-Jehovas-Entscheidung 6 220,
8 273, 9 275, 280, 289, 291
BVerwG 4 100, 6 181, 9 277, 309, 311,
12 432, 434, 445, 454, 14 506
Calvin, Johannes 2 20
Christentum 2 14 ff., 48, 4 97 f., 111, 133,
13 464, 16 541
– Kreuz 4 82, 106, 111 f., 115
– Nonnenhabit 4 115
Cluny 2 18
Cura religionis 15 532
Dänemark 17 575
Datenschutz 6 228 ff.
DDR 2 43, 46 f.
Dekalog 16 541

Stichwortverzeichnis

- Demokratie 6 162, 10 348, 362, 12 461, 18 599
- Denkmalschutz 6 174, 244 ff., 9 314, 14 507
- Deutsche Bundesakte (1815) 2 33
- Dienstgemeinschaft 6 190 ff., 207
- Diocletian 2 15
- Dreißigjähriger Krieg 2 24
- Ebers, Godehard Josef 6 158
- EGMR 4 82, 136
- Eidesleistung 4 110
- Eigentum 6 165, 10 346, 14 492, 497 f., 500, 15 527, 16 551
- EKD 2 46, 6 168, 187, 194 ff., 203 ff., 210, 229, 10 338, 11 399, 400
- EMRK 1 7, 4 136, 17 583 f., 18 586 ff.
- England 17 576
- Anglikanische Kirche 17 576
- Erziehung 4 71 ff., 135, 9 290, 12 414, 18 592
- elterliches Erziehungsrecht 12 446
 - Erziehungsberechtigte 12 446
- Ethikunterricht 12 431 ff.
- EU 4 136 f., 16 544, 546, 17 573 ff.
- Amsterdamer Kirchenerklärung 6 199, 18 597 ff.
 - Antidiskriminierungsrichtlinie 6 197 ff., 18 601
 - Anwendungsvorrang 18 585
 - Beihilfenverbot 18 603 ff.
 - Datenschutzrichtlinie 6 228, 18 601
 - EGV 18 594, 596, 603
 - EU-GRCh 4 137, 18 600 ff.
 - EUV 4 137, 18 586, 597
 - Grundfreiheiten 16 546
 - Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung 18 596
 - Primärrecht 4 137, 6 229, 18 590, 599
 - Rundfunkrichtlinie 18 601
 - Subsidiaritätsprinzip 18 596
 - Verf-EU 4 137, 18 603 f.
 - Verhältnismäßigkeitsprinzip 18 596
 - Vertrag von Lissabon 18 594
 - Wettbewerbsrecht 18 602 ff.
 - Zwei-Ebenen-Modell 17 580 ff., 18 585, 595
- Europarat 4 136
- Exekutive 4 105
- Fachhochschule 12 419
- Finanzielle Förderung 4 90
- Finnland 17 575
- Föderalismus 2 23, 6 244, 9 284, 10 332, 12 413, 417, 444, 13 464, 15 525
- Föderalismusreform I (2006) 3 61, 15 530, 16 549
- Frankreich 2 37, 9 278, 11 376, 12 414, 17 578
- Franz II. 2 31
- Freiheit 1 11, 2 41, 4 105, 127, 136
- freiheitlich demokratische Grundordnung 4 134
 - Gewissensfreiheit 4 135
 - Handlungsfreiheit, allgemeine 4 87
- Frieden 2 20, 24
- Friedhofswesen 6 166, 243, 9 304, 308, 11 383
- Gelasius I. 2 17
- „Gemeinsame Angelegenheit“ 11 381, 12 414, 13 479
- Gemeinschaftsrecht, europäisches 1 7, 13, 18 585
- Genfer Rotkreuz-Konventionen 11 376
- Gewaltenteilung 6 162
- Gewerkschaften 6 207
- Glaubensspaltung 2 21, 4 64, 10 330
- Gleichheit 1 11, 4 123, 127 f.
- Gleichheitssatz, allgemeiner 4 106, 6 191, 207, 9 279, 282
- Glockengeläut 4 84, 98, 6 169, 174, 222, 9 277, 308 f., 311
- Gottesdienst 2 30, 42, 4 75, 84, 110, 135, 6 165, 9 304, 11 376, 384 ff., 395, 16 561, 18 588, 591
- Gregor VII. 2 18
- Griechenland 17 575
- Grundgesetz 1 3 f., 6, 2 45, 47, 3 50 ff., 4 64, 80, 90, 98, 120, 127, 136, 6 152, 213, 7 262, 9 316, 10 343, 347, 349, 358, 11 403, 407, 12 414, 417, 13 464 f., 15 525, 535, 16 547, 561
- Herrenchiemseer Entwurf 3 52, 11 377
 - Parlamentarischer Rat 3 52, 4 65, 79, 129 f., 7 248, 11 377, 402 f.
- Grundrechte 1 6, 2 43, 49, 3 52, 4 68, 75, 89, 122, 131, 136, 6 175 f., 191 f., 213,

Stichwortverzeichnis

- 8 273 f., 9 319, 11 378, 12 454, 13 483, 16 551 f.
- Abwehrdimension 1 6, 4 90, 104 f., 6 228, 14 494, 16 553
 - Drittwirkung 6 175
 - Eingriffsbegriff 4 107 ff., 6 169
 - Grundrechtskonkurrenzen 4 103
 - Schutzdimension 1 6, 4 104 f., 6 228, 7 249, 263
- Hausrecht 9 277
- Heckel, Johannes 6 171
- Heckel'sche Formel 6 171
- Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation 2 21, 31
- Heinrich IV. 2 18
- Heinrich VIII. 17 576
- Herrschaft, weltliche 2 14, 23, 4 64
- Hitler, Adolf 2 41
- Hobbes, Thomas 2 28
- Homeschooling 4 132
- Homosexualität 6 194, 198
- Imperium 2 14
- Individualisierung 1 4, 2 48, 17 581
- Institutionelle Garantie 11 378, 12 416, 13 473, 16 551 ff., 572
- Integration 1 12, 2 48, 4 65, 12 451, 463
- Investiturstreit 2 18, 4 64
- IPbPR 4 135
- Irland 17 577
- Republik Irland 17 577
- Islam 2 48, 4 82, 101, 6 182, 9 286, 292, 10 354, 12 440, 457 ff., 13 483, 17 574
- Dachverband 7 253, 9 292 f., 10 354, 12 459
 - Moschee 6 242, 12 459
 - Muezzin 4 84, 98
 - Scharia 12 463
- Italien 17 579 f.
- Jellinek, Georg 4 64
- Joseph II. 2 30, 15 509
- Josephinismus 2 30
- Judentum 2 15, 12 440, 16 559
- jüdische Religionsgemeinschaften 3 58, 10 338, 342, 369, 15 537
 - Zentralrat der Juden in Deutschland 3 60, 10 342, 15 537
- Judikative 4 105
- Justizgewährungsanspruch 6 215 ff.
- Kaiser 2 16 ff.
- Kindertagesstätten/Kindergärten 6 153, 230, 243, 9 277, 308
- Kirche 1 2 f., 5, 2 17, 29, 32, 40, 44, 49, 4 64, 67, 6 150, 153, 166, 171, 174, 180 ff., 188, 9 291, 10 330, 11 377, 12 439, 452, 14 493, 15 509, 527, 16 541, 546, 554, 17 574
- evangelische 2 20, 23 f., 26 ff., 33, 36, 40, 6 187, 190, 199, 203 ff., 210, 217, 229, 9 278, 281, 293 f., 317, 320, 10 328, 357 ff., 369 f., 374, 11 396 f., 13 469, 479
 - karitative/diakonische Tätigkeit 3 56, 6 153, 167, 188, 8 269, 9 281, 301, 10 328, 346, 15 515, 18 602 ff.
 - katholische 2 22, 24, 30, 34 f., 6 182, 186 f., 190, 199, 204 ff., 210, 229, 9 278, 317, 320, 10 356, 367 f., 11 396 f., 13 469, 478, 15 509, 531
 - Kirchenasyl 4 132, 6 168
 - Kirchengewalt (iura circa sacra) 2 26, 29, 36
 - Kirchengewalt (iura in sacra) 2 26, 29 f., 36, 6 216
 - Kirchengut 2 20, 24, 31 f.
 - Kirchenkampf 2 41, 43, 46
 - Kirchenrecht 13 467
 - Kirchensteuer 2 32, 47, 6 176, 179 f., 184 f., 222, 232, 240 f., 9 275, 312, 316 ff., 17 579, 18 601, 605
 - Kirchenverfassung 2 20, 36, 40
 - Kirchgeld 9 321
 - Landeskirche 2 21
 - reformierte 2 24
- Koedukativer Sport- bzw. Schwimmunterricht 4 132
- Kommunale Selbstverwaltung 16 551
- Konfession 2 22 ff., 33, 35, 48, 4 92, 6 187, 198 f., 9 317, 10 328, 11 411, 12 418 f., 432, 434 ff., 448, 451, 455, 459, 13 475
- konfessionsverschiedene Ehe 9 321
- Konfessionsgebundenes Staatsamt 11 401 ff.
- Konsistorium 2 36
- Konstantin I. (der Große) 2 16, 16 541

Stichwortverzeichnis

- Konzil 2 18 f.
– 1. Vatikanisches 2 34
Kooperationslehre 2 45 f., 9 280
Kooperationsmodell 17 579
Koordinationslehre 2 44 f., 6 213, 9 280,
10 335, 351, 353, 358
Kopftuch 4 77, 106, 113, 115, 133
Körperschaften öffentlichen Rechts s. Religi-
ongemeinschaften
Korrelatentheorie 2 39
Krankenhäuser 6 153, 176, 230, 243,
9 308, 11 376, 379
KSZE 4 135
Kultur 4 98, 6 191, 241 f., 9 288, 13 464,
15 515, 539, 16 541, 545, 18 592
Kulturkampf (1871–1887) 2 35, 6 172
Laizismus 2 37, 9 278, 12 414, 17 578
Laizität 17 578
Landesherrliches Kirchenregiment 2 19,
26 ff., 38 f., 9 278, 10 331, 11 377
– Episkopalsystem 2 27
– Kollegialsystem 2 29, 36, 7 251
– Territorialsystem 2 28, 30
Lebenskundlicher Unterricht 11 406 f.
LER-Unterricht 12 433, 444
Leuenberger Konkordie 6 187
Licinius 2 16
Loyalitätspflichten 6 192 ff., 204, 219
Luther, Martin 2 20 f.
Luxemburg 17 579
Mailänder Abkommen (313) 2 16
Maria Theresia 2 30
Mediatisierung 2 32
Melanchthon, Philipp 2 20
Meldewesen 6 239 ff.
Menschenopfer 4 102, 132
Menschenrechte 2 48, 4 135, 7 250, 262
Menschenwürde 1 6, 2 43, 4 65, 127,
16 545 f., 554
Militärbischof 11 398 ff., 405
Minderjährige 4 71 ff.
Mission 4 82, 6 241
Mittelalter 2 17 ff., 4 64, 10 330, 13 464,
16 541
Müller, Ludwig 2 41
Napoleon I. 2 31
Nasciturus 4 70
Nationalsozialismus 1 8, 2 40 ff., 4 78,
10 335, 15 540
– Modell Warthegau 2 42
Naturrecht 2 29
Neutralität 1 10 f., 2 22, 38, 46, 3 51, 4 90,
92, 94, 97 f., 104 f., 115, 123, 133 f.,
6 154, 158, 178, 191, 232, 243, 9 278 ff.,
10 329, 339, 11 381, 389, 392, 401, 407,
12 414, 419, 432, 454, 457, 13 470, 479,
14 495, 500, 15 535, 16 546, 17 576,
18 588
Neuzeit 17 574
Niederlande 17 577
Niemöller, Martin 2 41
Nikolaus II. 2 18
Öffentliche Sachen 9 308 ff., 14 500
Ökumene 12 439
Ordination 6 175
Österreich 17 579
OSZE 4 135
Otto der Große 2 18
Papst 2 16 ff., 30, 34
Parität 2 22, 24, 29, 38, 4 105 f., 9 279,
282, 288 f., 313, 316, 325, 10 332, 347,
353, 357, 11 389, 392, 14 495, 15 535,
538, 540, 16 546, 17 576
Parochie 6 187, 9 312
Paulskirchenverfassung (1848/49) 2 33,
3 52, 4 64, 6 149
Personenstandswesen 6 234 ff.
Pluralisierung 1 4, 2 48, 9 291, 16 543,
17 581
Portugal 17 579 f.
Presse 2 42
Preußen 2 36, 9 317, 10 333, 336, 15 521
– Kirchengemeinde- und Synodalordnung
(1873) 2 38
– Preußisches Allgemeines Landrecht
(1794) 2 29, 4 64
– Verfassung von 1848 6 149
– Verfassung von 1850 2 33, 6 149
Realakt 4 109, 115, 9 277
Rechnungsprüfung, staatliche 6 247

Stichwortverzeichnis

Recht

- Arbeitsrecht 1 8, 3 62, 4 110, 6 160, 174, 188 ff., 219, 9 299
 - Baurecht 6 171 f., 243, 14 491, 507
 - Beamtenrecht/Dienstrecht 3 62, 6 219, 9 299, 11 401, 12 426
 - Disziplinarrecht 6 164, 210, 9 300, 11 401
 - Genossenschaftsrecht 8 268 f.
 - Gewerberecht 6 174, 16 541, 550
 - Handelsrecht 8 268 f.
 - Hochschulrecht 3 62
 - Medienrecht 3 62
 - Mitarbeitervertretungsrecht 6 206 ff.
 - Öffentliches 1 8, 14 497
 - Polizeirecht 14 507
 - Rahmenrecht, säkulares 1 9 ff.
 - Schulrecht 3 62
 - Sozialversicherungsrecht 9 299
 - Steuerrecht 9 314, 322 ff.
 - Strafrecht 4 105, 6 174, 210, 9 300
 - Straßenverkehrsrecht 6 171, 16 550
 - Vereinsrecht 7 255, 8 268, 271 f., 9 275
 - Verwaltungsverfahrenrecht 3 62
 - Völkerrecht 3 63, 6 216, 10 347, 356, 358, 363, 368
 - Zivilrecht 4 105, 6 210, 9 309
- Rechtsstaat 6 215, 9 285, 10 366, 15 536
- Rechtsvergleichung 1 7
- Reformation 2 20 f., 15 538
- Reichsdeputationshauptschluss (1803) 2 31 ff., 9 317, 14 490, 15 509
- Reichskonkordat (1933) s. Verträge, religionsverfassungsrechtliche
- Religion 1 1, 4 ff., 2 14, 19, 36, 40, 47 f., 3 50, 4 78, 91 ff., 134 f., 7 252 f., 11 391, 12 426, 459, 17 573, 18 585, 591
- Jugendreligionen 4 107, 116 ff.
- Religionsfreiheit 1 2 f., 8, 2 19, 3 52, 57, 4 92, 135 ff., 6 184 f., 7 248, 253, 8 267, 270, 9 280, 304, 326, 11 407, 12 429, 13 470, 482, 14 492 ff., 15 513, 16 545, 567, 17 581 ff.
- Bekenntnisfreiheit 4 78 ff., 82
 - Eingriff 4 107 ff.
 - EU-Grundrecht 18 586 ff.
 - forum internum 4 79, 18 588
 - Glaubensfreiheit 4 78 ff.
 - individuelle 1 11, 2 22, 33, 4 69, 11 380
 - kollektive 1 11, 4 69, 7 248, 250, 256, 11 380, 14 493, 506
 - korporative 1 11, 4 69, 75 f., 120, 6 150 ff., 9 280, 297, 10 346, 18 587
 - Kultusfreiheit 4 84
 - negative 4 88 f., 11 393
 - positive 4 88 f.
 - Religionsausübung 2 29, 3 55, 4 69, 78 ff., 83, 93, 98, 105, 6 150, 242, 11 382, 395, 12 447, 18 588
 - Religionsbeschimpfung s. Blasphemie
 - Religionszugehörigkeit 4 132
 - religiöse Vereinigungsfreiheit 4 69
 - Schranken 4 119 ff.
 - Schutzbereich 4 69 ff.
 - Schutzpflichtendimension 1 6, 4 104, 6 152, 7 249, 263, 8 267, 9 280, 11 378 ff., 393, 12 415 ff., 447, 450, 13 470 ff., 14 490, 493 f., 16 553 f.
 - Zuordnung 6 176
- Religionsgemeinschaften 1 4 f., 9 ff., 2 29, 44, 48, 3 52, 54, 4 64 ff., 100, 106, 118, 134, 6 149 ff., 191, 226 f., 244 f., 7 251 ff., 8 267, 10 343, 369, 11 377, 389, 412, 12 417, 425, 435 ff., 450 ff., 13 470, 480 ff., 486, 15 511, 524, 527, 536, 16 555, 17 573, 18 585
- Ämter 6 154, 162, 10 346
 - Austritt 6 180 ff., 9 321
 - Begriff 6 153, 7 251
 - Dienstherrnfähigkeit 9 298 ff.
 - Eigene Angelegenheiten 6 157 ff., 14 493
 - Einrichtungen 6 153, 190, 207, 230, 9 308
 - Gerichtsbarkeit 6 154, 162, 209 ff.
 - Grundrechtsbindung 6 175 f., 9 323
 - Grundstücksverwaltung 6 150, 152
 - Haushalt 6 247
 - Körperschaften öffentlichen Rechts 2 38, 47, 4 67 f., 76, 106, 118, 6 153, 155, 178 f., 183, 186, 189, 216, 222, 229, 232, 240, 243, 7 257, 265 f., 8 273, 9 275 ff., 10 368, 12 451 ff., 14 495, 18 587
 - Mitarbeitende 6 154, 189 ff., 9 298 ff.
 - Mitgliedschaft 6 160, 164, 178 ff., 8 271, 9 321, 10 354, 12 452, 459
 - Organisationsfreiheit 7 256, 258, 9 282, 301, 10 374
 - politische Betätigung 4 101
 - privatrechtliche 6 153, 178 f., 183, 186, 222, 231, 233, 240, 7 255, 8 267 ff., 273, 9 280, 313, 14 502
 - Privilegienbündel 9 313 ff.
 - Rechtsetzungsgewalt 9 302

Stichwortverzeichnis

- Rechtsfähigkeit 8 272, 9 275, 282, 284
- Selbstbestimmungsrecht 2 33, 38, 4 69, 126, 6 149 ff., 7 249, 254, 263, 266, 8 270, 9 295, 304, 316, 10 343 f., 347, 367, 374, 11 404, 13 465, 481, 14 493, 495, 499, 506
- Selbstverständnis 1 9, 4 92 ff., 6 153 ff., 159, 197 ff., 9 280
- Staatsaufsicht 9 276
- Staatsloyalität 9 288
- Übertritt und Umzug 6 186 f.
- Untergliederungen 6 153, 161, 187, 9 281, 301, 320, 14 495
- Verbot 8 273 ff.
- Vereidigungsrecht 9 300
- Verfassungstreue 9 289 ff.
- Vermögensverwaltung 6 152, 165
- Warnungen 4 110, 116 ff., 6 169
- Widmungsrecht 9 303 ff.
- wirtschaftliche Betätigung 4 100
- Zuordnung 6 230
- Zusammenschluss 9 293 f.
- Zwangsmitgliedschaft 4 110, 6 180 f.
- Religionsgut 14 490 ff., 15 513
- Religionskunde 12 418 f., 438, 440
- Religionsmündigkeit 4 71 ff., 12 429, 448 f.
- Religionsrecht 1 8
- Religionssoziologie 2 45, 4 65, 87, 12 431, 433
- Religionsunterricht 2 42, 47, 3 50 f., 4 74, 106, 6 199, 10 346, 11 381, 392, 404, 12 413 ff., 13 465, 470 f., 474, 483
 - Abmelderecht 12 429, 448 f., 459
 - Begriff 12 418 f.
 - Beiratsmodell 12 460 f.
 - Bremer Klausel (Art. 141 GG) 12 413, 421, 433 f., 441 ff., 453
 - Diskriminierungsverbot 12 428, 431
 - Hamburger Modell 12 440
 - interkonfessioneller 12 439
 - interreligiöser 12 438
 - islamischer 12 457 ff.
 - Mindestschülerzahl 12 430, 452
 - ordentliches Lehrfach 12 424 ff.
 - Staatsaufsicht (Schulaufsicht) 12 413, 424, 427, 462
 - Übereinstimmungsklausel 12 435 ff., 450, 452, 459, 13 474
 - Versetzungserheblichkeit 12 430
- Religionsverwaltungsrecht 1 8
- Religionswechsel 4 82, 135, 18 588
- RelKG 4 72 ff., 6 180, 12 448 f.
- res sacrae 6 203, 14 501
- Ritualmord 4 102
- Rom 2 14
- Romantik 2 34
- Rundfunk 2 42, 4 76, 9 314, 10 346, 11 383
- sacerdotium 2 14
- Säkularisation 2 32, 14 492, 15 508 f., 514, 519 f., 523, 528, 532, 540, 18 605
- Säkularisierung 1 4, 2 48, 15 536, 17 581
- Schächten 4 103, 132
- Schmitt, Carl 15 510
- Schule 2 35, 4 110, 113, 132, 6 230, 243, 10 343, 346
 - Bekenntnisfreie Schule 12 421 f., 441
 - Bekenntnisschule 4 106, 12 423
 - öffentliche 4 106, 12 417, 420 ff., 450, 13 470
 - Privatschule 6 176, 199, 12 417, 422, 18 592
 - Reichsschulgesetz 2 39
 - Schulfrieden 4 132 f.
 - Schulgebet, islamisches 4 133
 - Schulpflicht 4 111, 12 446, 459
- Schweden 17 575, 581
- Schweiz 17 575
- Scientology 2 48, 4 95, 100
- Seelsorge 6 216 f., 9 286, 10 338, 11 376, 380
 - Begriff 11 385
 - in der Bundeswehr s. Militärseelsorge
- Smend, Rudolf 2 44
- Sonn- und Feiertagsschutz 1 6, 4 110, 16 541 ff.
 - Arbeitsruhe 16 561 ff.
 - „Bäderregelung“ 16 563, 570
 - Feiertage 16 558 f.
 - Ladenöffnung 16 549, 563, 566, 569
 - seelische Erhebung 16 561 ff.
 - Sonntag 16 557
 - Sonn- und Feiertagsgesetze 16 549, 566
- Souveränität 2 28 f., 10 365
- Sozialstaat 15 515, 16 545 f.
- Spanien 17 579 f.
- Spenden 15 519
- Sportunterricht 4 69, 76, 110

Stichwortverzeichnis

- Staatskirche 2 30, 35, 4 90, 17 574 f.,
18 597
– Verbot 18 597
Staatskirchenrecht 1 1 ff., 7, 2 48, 10 329
Staatsleistungen 2 32, 10 346, 349,
15 508 ff., 18 605
– Ablösungsgebot 15 508, 512 ff., 525 ff.,
540
– Bestandsschutz 15 526, 534 ff., 540
– Dynamisierungsklausel 15 523, 537
– Geschäftsgrundlage 15 536
– Institutsliquidation 15 539
– negative 15 519
Statusklage, verkappte 6 219, 224
Stiftungen 14 497
Streikrecht in kirchlichen Einrichtun-
gen 6 205
Subventionen 15 515, 535 f., 539
Summepiskopus 2 26, 29, 36
Symbole, religiöse 4 110 ff., 133
Synode 2 36, 41
Tarifvertrag 6 201 ff.
Taufe 4 71, 6 180
Theodosius 2 16
Theokratie 12 456, 463
Theologie 13 465 f., 470, 473, 483
Theologische Fakultäten 2 42, 3 56, 4 106,
6 163, 10 346, 375, 11 381, 13 464 ff.
– Bachelor-/Masterstudiengang 13 484
– Beiratsmodell 13 486
– „Fakultät der Theologien“ (Berliner Mo-
dell) 13 475
– islamische 13 486
– nihil obstat 13 478 f., 482, 485
– Studien- und Prüfungsordnungen 13 476,
480, 482
Tierschutz 4 77, 103, 132, 134
Toleranz 2 15 f., 48
– Toleranzedikt (311) 2 16
Trennungsmodell 17 577 f.
UEK 6 210
Unfallversicherung 9 314
Universität 4 76, 6 163, 12 419, 13 464 ff.
USA 11 376, 17 577 f.
– Wall-of-separation-Doktrin 17 577
VELKD 6 210
Vereine, religiöse 7 254 f., 14 495 f.
Vereinigungsfreiheit 7 248 ff., 8 270, 272
Verfassungsgebende Gewalt 1 9
Verfassungsbeschwerde 4 68, 6 150 ff.,
7 249, 11 377
Verfassungsgewohnheitsrecht 9 303, 10 349
Verfassungsstaat, demokratischer 1 1
Verfassungstheorie 1 6, 2 14, 29, 44
Verfassungswandel 16 546
Verhältnismäßigkeit 4 119, 133, 6 198,
7 260, 266, 11 394, 16 566 f.
Vernunftrecht 2 29
Verträge, religionsverfassungsrechtliche
3 58 ff., 6 149, 154, 245, 9 301,
10 328 ff., 11 376 f., 390, 396 ff., 408,
411, 13 468, 14 491, 15 523, 16 548, 552
– bayerisches Konkordat 10 332
– Bindungswirkung 10 364 ff.
– clausula rebus sic stantibus 10 367, 373,
375
– Freundschaftsklauseln 10 346, 367, 372
– Funktionen 10 343 ff., 353
– Güstrower Vertrag 10 339
– Konkordate 2 34, 3 58 ff., 10 328 ff.,
356 ff.
– Kündigung 10 367
– Locumer Vertrag (1955) 3 59, 6 245,
10 336, 15 523
– Militärseelsorgevertrag 10 338, 11 396
– Rechtsnachfolge 10 374 f.
– Rechtsnatur 10 355 ff.
– Reichskonkordat (1933) 2 40, 3 50 f.,
60, 10 334, 11 395, 13 465, 15 531
– Staatskirchenverträge 3 58 ff., 10 328 ff.,
357 ff.
– Statusverträge 10 345 ff.
Verwaltungsverfahrenrecht 3 62
Verwaltungszwang 9 318
Vollverschleierung 4 82, 133a
Wechselwirkungslehre 4 121, 6 219 f.,
7 266, 11 405
Weimarer Reichsverfassung 1 2, 2 37 ff.,
43 f., 3 52, 4 64, 67, 123, 9 278, 281,
12 416, 14 490, 15 525, 16 551
– Weimarer Nationalversammlung 11 402,
15 510, 527, 16 542
– Weimarer Staatsrechtslehre 15 534,
16 551
Weimarer Republik 2 39
Weltanschauungsgemeinschaften 12 453,
14 496

Stichwortverzeichnis

Westfälischer Friede 2 24 f., 4 64

Wiener Kongress (1815) 2 33

Wissenschaftsfreiheit 13 465, 489

Witwenverbrennung 4 102

Wormser Konkordat (1122) 2 18, 10 330

Zeugen Jehovas 4 67, 110

Zivilehe 2 35, 4 110

Zwei-Reiche-Lehre 2 20

Zwei-Schwerter-Lehre 2 17